

Trassengegner pochen auf Teilhabe

Arbeitsgemeinschaft Bahn kritisiert Bundesverkehrsministerium

Rinteln/Berlin. Die Arbeitsgemeinschaft Bahn, die sich gegen eine mögliche Güterbahnstrecke durch das Weserbergland engagiert, fühlt sich in Bezug auf das Beteiligungsverfahren bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 schlecht informiert und unzureichend einbezogen. Dies geht aus einer heute veröffentlichten Pressemitteilung hervor.

Ein vom Schaumburger Bundestagsabgeordneten Maik Beermann vermittelt Besuch der CDU-Stadtratsfraktion der

Stadt Rinteln beim parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann Ende Oktober sei abgesagt worden. Und die für Anfang November angekündigte Veröffentlichung des Referentenentwurfes sei scheinbar bislang ausgeblieben. „Ebenso haben wir bisher keine Möglichkeiten erhalten, ein für den Referentenentwurf zum Bundesverkehrswegeplan erarbeitete Gutachten für den Planfall 33/Süd-Süd-Bahn einzusehen und zu überprüfen, ob möglicherweise, wie in der Vergan-

genheit bei einer ersten gutachterlichen Bewertung, methodische Fehler begangen wurden“, heißt es im Presstext.

Angesichts der anstehenden Weihnachtszeit sieht die AG Bahn daher „große Probleme, etwaige Stellungnahmen mit den politischen Gremien der Kommunen ausreichend vorberaten zu können“.

In einem Schreiben an die Mitglieder des Bundestages bittet Thomas Priemer, der Rintelner Bürgermeister und Sprecher der AG Bahn, mögliche Gutachten für den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans weiterzureichen und mitzuteilen, wann mit der Eröffnung des Beteiligungsverfahrens zu rechnen sei.

Die Arbeitsgemeinschaft Bahn besteht aus den Bürgermeistern der vom Planfall 33 und der sogenannten „Süd-Süd-Bahn“ betroffenen Kommunen und den Vertretern der beiden Bürgerinitiativen „BI Hameln“ und „BI Transit Weserbergland“.



Die Arbeitsgemeinschaft Bahn kämpft gegen eine mögliche Güterbahnstrecke durch das Weserbergland.

Symbolfoto: dpa

ppk